



Inge Marßolek: Der DGB und die neuen sozialen Bewegungen

Prof. Dr. Inge Marßolek, geb. 1947 in Hemer/Westf., Studium der Geschichte und der Romanistik in Bochum und Berlin, ist Geschäftsführerin des Instituts für Regional- und Sozialgeschichte (IRSG) an der Universität Bremen.

„Zurück in die Steinzeit“: Mit diesem Spruch konterkarierte der von den Energiekonzernen gesponserte „Aktionskreis Energie und Betriebsräte“ die Anti-AKW-Sonne der Bürgerinitiativen. Die in der IG Bau organisierten Bauarbeiter, die beim Bau des AKWs in Grohnde beschäftigt waren, protestierten gar mit dem Spruchband „Werft die Molukker in die Weser“ gegen die Bewohner des Anti-AKW-Dorfes. Beides, Aufkleber wie Spruchband, gehören der Vergangenheit an. Längst haben ökologische Forderungen Eingang in die Programmatik des DGB und der Einzelgewerkschaften gefunden. Die IG BAU hat die Umwelt sogar in ihren Namen integriert. Warum also dieser Rückblick auf eine schwierige und emotionsgeladene Beziehung? Eine erste Antwort könnte lauten, dass die Herausforderungen der Gewerkschaften durch die neuen sozialen Bewegungen - ich werde mich im folgenden im wesentlichen auf die ökologische und auf die Frauenbewegung beschränken - immer noch nicht zu einem radikalen Umdenken innerhalb der Organisation geführt haben. Wo etwa waren die Stimmen der Gewerkschaften, als auf Geheiß des Bundeskanzlers der grüne Umweltminister gegen die Altautorichtlinie der EU stimmte? Wann endlich ergreifen die Gewerkschaften die Offensive zu einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung von Männern und Frauen und damit zu einer Neubewertung und Neudefinition der Arbeit, statt dieses Feld dem Bundesverband der Deutschen Industrie zu überlassen?

Allerdings, stellt man diese und andere Forderungen an den DGB, so schwingt implizit eine normatives und tradiertes Verständnis von gewerkschaftlicher Politik mit. Die Gewerkschaften werden nicht als Institutionen zur Vertretung partikularer Interessen einer bestimmten Klientel, nämlich der vorwiegend als männlich konstruierten Industriearbeiterschaft begriffen, sondern als eine Organisation, die für allgemeine Menschheitsinteressen in einem emanzipatorischen Sinne eintritt. Letzteres wurzelt in dem spezifischen Selbstverständnis der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Kaiserreich. Um die Ursachen für die Krise der Gewerkschaften zu begreifen, die in den achtziger Jahren sichtbar wurde, möchte ich in Anlehnung an Gerhard Göhler vorschlagen, Gewerkschaften als eine institutionelle Konfiguration zu betrachten: das bedeutet, sowohl die institutionellen Mechanismen wie die sozialen Beziehungen ihrer Akteure und der Adressaten der jeweiligen politischen Institutionen in den Blick zu nehmen.

Politische Institutionen üben über eigene Steuerungs- und Regelungssysteme Macht in der Gesellschaft aus. Zugleich müssen sie diese Macht immer wieder neu legitimieren, d.h. sie versuchen, über eine symbolische Präsentation ihre Ordnungsprinzipien und Deutungsmuster in der Gesellschaft durchzusetzen. Symbolische Präsentation kann sowohl sprachlich, bildhaft, aber auch im Handeln der Akteure geschehen. Die kulturelle Hegemonie einer Institution wie die der Gewerkschaften ist immer dann bedroht, wenn die Akzeptanz ihrer

symbolischen Ordnungs- und Orientierungsangebote nicht mehr gewährleistet ist. Die neue Groß-Gewerkschaft ver.di hat das offensichtlich begriffen, indem sie sich nun ein postmodernes internet-zugeordnetes Symbol anmaßt oder inkorporiert. Eine der möglichen institutionellen Reaktionen auf den Verlust ihrer auf Integration zielenden Macht kann zu einer Verselbständigung der Organisation führen, was die Diskrepanz zwischen der mangelnden Akzeptanz und einer bürokratischen Machtausübung vergrößert.

Ökologiebewegung

Ich komme nun zu den sogenannten neuen sozialen Bewegungen, die jetzt ja gar nicht mehr so neu sind, aber die Soziologen sprechen immer noch davon. Das Ende der siebziger und der Anfang der achtziger Jahre sind geprägt von den Alternativen und den Bürgerinitiativbewegungen. Allgemein, wenn auch nicht unbestritten, werden ihnen Entwürfe einer Gegengesellschaft als Reaktion auf die Krise der Moderne zugeschrieben. Ihr Großthema ist weder die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise noch soziale Gerechtigkeit, sondern die Frage und Suche nach anderen Lebensweisen in der postindustriellen Gesellschaft. Sie sind dezentral, projektorientiert und bedürfniszentriert. Die Verortung der neuen sozialen Bewegungen und ihrer politisch-sozialen Bedeutung geschieht nicht unabhängig von den Perspektiven der Betrachter. Schreiben die einen sie direkt in das Projekt einer reflexiven Moderne ein, sehen andere sie als Ausdruck der Krise der Moderne und verweisen auf deren besonders ausgeprägte apokalyptische Metaphorik und Sprache.

Soziale Bewegungen fordern Institutionen sowohl im Bereich ihrer Steuerungsinstrumente wie in besonderem Maße in den symbolischen Präsentationen heraus. Sie entstehen offenbar immer dann, wenn die Akzeptanz von entscheidenden Werten in der Gesellschaft sich verändert und das symbolische Zeichensystem der Institutionen von den Adressaten verworfen wird. Genau das geschah Ende der siebziger Jahre durch die Anti-AKW-Bewegung und wurde von der neuen Frauenbewegung ebenso wie durch die Friedensbewegung und den immer wieder sich neu formierenden Bürgerinitiativen verstärkt. Die Dramatik des Kampfes um kulturelle Hegemonie zeigt sich im Nachhinein nicht zuletzt daran, dass sich zum einen aus den Bewegungen heraus Institutionen gebildet haben - von den Grünen bis zu Greenpeace - oder in der Institutionalisierung von Repräsentanz - ein Beispiel sind die Gleichstellungsbeauftragten. Zum anderen sind wesentliche Themen und Anliegen unbestritten Gegenstand von aktueller Politik.

Insofern kann die Geschichte der sozialen Bewegungen auch als eine Erfolgsgeschichte gelesen werden. Die Heftigkeit der Abwehrreaktionen der Gewerkschaften wird in der Regel mit den von ihnen selber behaupteten Dichotomien Fortschritt - Steinzeit, Arbeit - Ökologie oder der Setzung von Korrespondenzen wie Arbeit in Bezug auf industrielle Produktion, Gleichheit in Bezug auf „männlicher Erwerbstätiger“. Sie ist aber auch Ausdruck der Defensive angesichts der Verflüssigung der symbolischen Systeme, dem Undeutlichwerden von Klassen- und Schichtenstrukturen und der Ausdifferenzierung der „feinen Unterschiede“, wie Bourdieu das nennt. Darüber hinaus traf der Verlust des Potentials der Kollektivutopien der Arbeiterbewegung auf einen Überschuss an utopischer Phantasie in den sozialen Bewegungen selbst. Hatten die sogenannten 68er ihre revolutionären Hoffnungen noch auf die Arbeiterklasse gesetzt, schienen gerade die Jungen in der Ökologiebewegung neue Lebensformen und soziokulturelle Phantasien jenseits von Klassenstrukturen und Produktionssphäre zu entwickeln. Dabei kam es zu einem Gemisch von symbolischen Präsentationen

aus der bündischen Jugend, aus der alten Arbeiterbewegung, zum Teil verformt durch die Studentenbewegung, und vorindustriellen Lebensformen. Ich erinnere mich noch gut an meine Irritation, als im Dorf von Gorleben auf einmal das Lied der Moorsoldaten gesungen wurde.

Nicht gesehen wurde und wird auch, daß in der Anti-AKW-Bewegung sich nicht nur die städtischen Mittelschichten organisierten, sondern es erstmals in der deutschen Geschichte zu einem Bündnis zwischen Stadt und Land und zwischen den Generationen kam. Die Traktoren der Bauern von Gorleben und den anderen avisierten Standorten wurden zum Symbol des Widerstands. Die Verkleidung in vielfältige, mehrdeutige symbolische Präsentationen aber erschwerte es für die Gewerkschaften zweifellos, in der Ökologiebewegung ein Potential einer mitten in der Moderne angesiedelten zivilen Bewegung zu sehen, die eben nicht entlang der Klassen- oder einer Rechts-Links-Linie einzuordnen war. Zweifellos irritierten die Protestformen der neuen sozialen Bewegungen, die sich an in den USA entwickelten Aktionsformen des zivilen Ungehorsames orientierten, und die zunehmende Gewaltbereitschaft eines Teils der Anti-AKW-Bewegung sowohl das traditionelle gewerkschaftliche Klientel wie - in besonderem Maße - die Funktionäre. Der Spruch „Werft die Molukker in die Weser“ ist Ausdruck dieser in hohem Maße emotional aufgeladenen Beziehung, der auch das „Befremden“ artikuliert. Die jungen Leute, die das Anti-AKW-Dorf auf dem Kraftwerksgelände in Grohnde besetzt hielten, erschienen den Bauarbeitern als die Fremden, die Anderen, derer man sich entledigen mußte.

Neuere Untersuchungen weisen daraufhin, dass Politik - und das gilt auch für Gewerkschaftspolitik - nicht allein von einem rationalen Handeln, das auf Machterwerb und Interessenausgleich ausgerichtet ist, bestimmt wird, sondern dass Emotionen und Affekte eine Art „duale Beschlusslage“ konstituieren. Emotionen und Affekte lassen sich in Bildern, Metaphern und Ritualen aufspüren. So scheint u.a. eine nostalgische Verklärung der Vergangenheit eine emotionale Klammer für die sozialen Akteure einer Institution oder Organisation darzustellen. Diese Rückbeziehung auf das „Goldene Zeitalter“ der Gewerkschaften beinhaltet immer auch eine Besinnung auf die Werte der Arbeiterbewegung, zugleich aber kann Nostalgie auch die Wahrnehmung von Veränderungen und von Handlungsmöglichkeiten trüben. So ist in unserem Kontext zu fragen, ob der Bezug auf das Traditionsreservoir nicht vielen Gewerkschaftern den Blick auf das innovative und alternative Potential in den neuen sozialen Bewegungen verstellte.

Frauenbewegung

Das Entschlüsseln der emotional geprägten Subtexte liefert zudem eine Reihe geschlechterspezifischer Zuschreibungen, die die Diskrepanzen zwischen programmatisch postulierter Gleichberechtigung und faktischem Antifeminismus erklären. Der auf dem 10. Gewerkschaftskongress 1919 geäußerte Satz „Die alten Schachteln sollten lieber zu Hause bleiben und Kartoffeln kochen“ dürfte auch heute noch manchem männlichen Gewerkschaftsmitglied aus der Seele gesprochen sein, wenn es darum geht, Ansprüche von Frauen auf gleichberechtigte Mitsprache in den Organisationen abzuwehren. Bis heute werden Frauen noch wie Rentner, Migranten und Jugendliche als „Sondergruppe“ gezählt. Im Unterschied zur Ökologiebewegung trafen die Herausforderungen der neuen Frauenbewegung auf eben diese Ambivalenz: Noch 1956 hatte das zentrale 1. Mai-Plakat für den arbeitsfreien Samstag mit „Samstags gehört Vati mir“ geworben und damit nicht nur die

Frauenerwerbstätigkeit schlicht negiert - und das bei einer kontinuierlich ansteigenden Zahl, sondern zugleich auch die Männer wiederum von der Arbeit im Reproduktionsbereich „befreit“: Vati teilte die Freizeit mit den Kindern, die Hausarbeit erledigte „Mutti“.

Die neue Frauenbewegung reklamierte offensiv - angesichts der steigenden Arbeitslosenzahl und der Veränderung der Arbeit überhaupt - das Teilen von Arbeit. Zugleich kritisierte sie die patriarchalen Strukturen in den Gewerkschaften selbst, wo Frauen von Führungspositionen weitgehend ausgeschlossen waren und sind. Mit der Losung „Das Private ist politisch“ beansprucht sie eine neue Definition des Politischen, die die Trennung zwischen Reproduktions- und Erwerbssphäre aufhebt, und sagt der von der Arbeiterbewegung immer noch favorisierten Hausfrauenehe den Kampf an. Zugleich thematisiert sie Fragen von sexueller Gewalt, um die sich projektzentrierte Aktivitäten gruppieren (Frauenhäuser, Abtreibung etc.).

Konsequenzen für die Gewerkschaften

Ökologische Katastrophen, vom Waldsterben bis Tschernobyl, und vor allem die gigantische Strukturkrise führten auch in den Gewerkschaften zu zögerlichem Umdenken. Mit einer Zeitverschiebung wurde, will man der grauen Gewerkschaftsliteratur Mitte der achtziger Jahre Glauben schenken, den Gewerkschaften von ihren Rändern her eine Zukunftsdiskussion eher aufgezwungen, die dann auch das Zentrum erreichte. Im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 werden einige Zeichen in diese Richtung gesetzt - es ist bis heute umstritten. Trotzdem scheinen, nicht zuletzt nach der Wiedervereinigung, die Gewerkschaften wiederum in der Defensive. Die neuen Optionen für individuelle Lebensformen, die jenseits der Klassen oder Schichtzugehörigkeit verlaufen, die neuen Kommunikationswelten, die die Trennungslinien von öffentlicher und privater Sphäre ebenso verwischen wie die zwischen Politik und symbolischer Präsentation, scheinen Institutionen, die eine kollektive generalisierende Sinnstiftung und Zielorientierung beanspruchen, fragwürdig werden zu lassen.

Sowohl das Konzept des Klassenkampfes wie das der Sozialpartnerschaft hat offenbar seine Wirkungsmächtigkeit verloren. Das bedeutet auch, dass langfristiges Engagement, das soziale Themen und Konflikte erfordern, nicht von den Bürgerinitiativen, die eben ein projektorientiertes, den individuellen Lebensstilen entsprechendes Engagement organisieren, erwartet werden kann. Allerdings trifft das auch für die Mitgliedschaft in den politischen Institutionen zu. Der enorme Mitgliederrückgang, die Schwierigkeiten, Jugendliche an die Gewerkschaften zu binden, weist auf die Krise der Organisationen hin. Claus Offe hat schon 1992 davon gesprochen, daß die „gestaltenden Akteure selbst an Gestalt verlieren“ und „sich dem Verdacht aussetzen, im wesentlichen als opportunistische Patronage- und Machterhaltungskartelle zu operieren.“ Hierauf mit strukturellen Veränderungen zu reagieren, ist sicher notwendig und unumgänglich, ist aber, wenn die Gewerkschaften nicht zu einer Standesorganisation werden wollen und sollen, die die Partikularinteressen eines immer kleiner werdenden Teils der Arbeiterschaft organisiert, nicht ausreichend.

Wenn die Gewerkschaft sich nicht von ihren Ursprüngen als soziale Emanzipationsbewegung verabschieden will, wäre eine Neubegründung notwendig. Dreh- und Angelpunkt könnte eine Reformulierung der Emanzipation der Arbeit(enden) in feministischer und ökologischer Perspektive sein. Das bedeutet eine Abkehr vom Leitbild des männlichen Alleinverdieners, dem nicht nur ein reduziertes Frauenbild zugrunde liegt, sondern das ja auch die Männer in ihren Erfahrungs- und Lebensmöglichkeiten begrenzt. Ingrid Kurz-Scherf hat

die hierarchische Struktur des gewerkschaftlichen Leitbildes von Erwerbstätigkeit bereits in den achtziger Jahren heftig kritisiert und auf die daraus folgenden Blockaden für gewerkschaftliche Arbeit hingewiesen. Indem sie die veränderten Zeitlogiken und -erfahrungen, Zeitwünsche und -bedürfnisse sowohl in Arbeitsverhältnissen wie im Reproduktionsbereich ernst nehmen, könnten Gewerkschaften eine soziale und kulturelle Arena betreten, in der sie diskursiv mit anderen sozialen Bewegungen wie Institutionen um Lösungsmöglichkeiten ringen.

Die aktuelle Diskussion um „Zeiten der Stadt“, so Ulrich Mückenberger, in der es um mehr als Ladenöffnungszeiten geht, ist ein Schauplatz, auf dem dieses möglich wäre. Hier eröffnen sich Chancen, die Abkehr vom „Normalarbeitstag“ schöpferisch zu gestalten. Eine Klammer zur Ökologie könnte die radikale Weiterführung einer Diskussion um gesellschaftlich nützliche Arbeit sein. Dringend notwendig ist eine Internationalisierung und Vernetzung dieser Diskurse. Gefordert ist eine radikale Kreativität, nicht zuletzt um deutlich zu machen, dass die Abkehr vom Wohlfahrtsstaat keine Einbahnstraße sein muss. Individualisierung der Gesellschaft heißt nicht notwendigerweise Abschied von solidarischem Handeln. Eine nüchterne Bestandsaufnahme zeigt, dass Solidarität heute andere Formen hat. Sie ist nicht mehr milieugebunden oder bezogen auf eine Gruppe. Bedürfnisse nach Solidarität werden medial vermittelt und auch geweckt. Zur civil society gehört auch das Engagement der Bürger. Hierauf zu vertrauen und es in die gewerkschaftliche Perspektive einzubinden, beinhaltet aber auch strukturelle Veränderungsprozesse. Es geht nicht um „Verschlankung“ und Zentralisierung, sondern darum, die Organisation um einen Begriff von Subjektivität, Diskursivität und Interaktion zu erweitern. Oder, um es mit Berking provokant zu formulieren: Erst wenn der DGB zur nächsten Love-Parade mobilisiert, hätten die Gewerkschaften das Dilemma zwischen gewerkschaftlicher Interessenpolitik und einer Politik der Lebensstile gelöst.